

BESCHLUSS ANTRAG INI02:  
**KONSEQUENZEN AUS DEM VERFASSUNGS-  
GERICHTSURTEIL ZUR HAUSHALTPOLITIK:  
IN UNSER LAND INVESTIEREN UND DEN  
SOZIALEN ZUSAMMENHALT SCHÜTZEN,  
STATT UNSERE ZUKUNFT AUFS SPIEL  
ZU SETZEN.**

ORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG BERLIN  
8.–10. DEZEMBER 2023

**SPD** Soziale  
Politik für  
Dich.

## BESCHLUSS ANTRAG INI02: **KONSEQUENZEN AUS DEM VERFASSUNGSGERICHTSURTEIL ZUR HAUSHALTPOLITIK: IN UNSER LAND INVESTIEREN UND DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT SCHÜTZEN, STATT UNSERE ZUKUNFT AUFS SPIEL ZU SETZEN.**

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Haushaltspraxis von Anfang November hat sehr grundsätzliche und tiefgreifende Auswirkungen auf die Situation der Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen. Die Konsequenzen aus diesem Urteil gehen weit über den Klima- und Transformationsfonds und die Aufstellung einzelner Sondervermögen hinaus und stellen alle Parteien, die in unserem Land Verantwortung tragen, vor große Herausforderungen.

Die SPD geht in Bund und Ländern verantwortungsvoll mit diesen Herausforderungen um. Wir richten unser Handeln konsequent daran aus, was das Beste für die Zukunft unseres Landes ist.

Investitionen in ein starkes Land

Die SPD geführte Bundesregierung hat nach der Bundestagswahl 2021 damit begonnen den gewaltigen Investitionsstau unseres Landes abzubauen, damit Deutschland wieder überall vorne mitspielen kann und der Alltag der Bürgerinnen und Bürger einfacher und sicherer wird. Heutige Investitionen in unser Land sind die Voraussetzungen für gut bezahlte, sichere Arbeitsplätze und eine starke industrielle Basis in Deutschland. Es wäre ein unverzeihlicher Fehler bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen, die Modernisierung unseres Landes zu vernachlässigen. Die Herausforderungen sind groß: Der Investitionsbedarf des deutschen Staates bis 2030 wird auf mehrere Hundertmilliarden Euro geschätzt.

Der Klima- und Transformationsfonds (KTF) ermöglicht unerlässliche Investitionen in die Zukunft unserer Industrie und sichert damit zehntausende Arbeitsplätze in Deutschland etwa in der Stahlindustrie, der Halbleiterbranche oder auch in der Wasserstoffwirtschaft. Darüber hinaus hat der Haushaltsausschuss in den vergangenen Jahren wichtige Förderprogramme beschlossen auf die viele Kommunen warten. Die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Beschäftigte müssen darauf vertrauen können, dass Zusagen des Staates gelten.

Die Transformation zu einer klimaneutralen und digitalen Wirtschaft muss genau einmal in Deutschland gelingen. Diese Zeit ist jetzt. Während um uns herum massiv in neue Technologien und Jobs investiert wird, darf sich unser Land nicht selbst ausbremsen. In unserem Leitantrag „Zusammen für ein starkes Deutschland“ beschließen wir dafür auf diesem Parteitag ein umfassendes Modernisierungsprogramm für die kommenden und entscheidenden Jahre.

Niemals werden wir uns damit abfinden, dass Arbeitsplätze oder ganze Industriezweige abwandern oder einfach im globalen Markt verschwinden, wie es einzelne Wirtschaftsprofessoren und politische Kommentatoren aktuell fordern. Dabei sind wir uns mit Gewerkschaften und Betriebsräten überall im Land einig. Auch die Wirtschaft selbst ist in diesen Zeiten gefordert, gemeinsam mit den Beschäftigten in den Betrieben kluge Entscheidungen zu treffen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken und die Zukunft von Unternehmen in Deutschland langfristig sichern.

Die Sozialdemokratie begreift diese Herausforderungen als Generationenaufgaben, die wir anpacken! Unser Ziel ist es, eine Gesellschaft des Respekts zu schaffen, die nicht nur in der Gegenwart, sondern auch für kommende Generationen Bestand hat. Überall wo wir Verantwortung tragen, gehen wir sorgsam und verantwortungsvoll mit öffentlichen Haushaltsmitteln um. Sorgsam und Verantwortlich ist es, jetzt weiter zu investieren, damit Deutschland in Zukunft ein starkes Land bleibt und dort aufholt, wo es Rückstand hat: etwa bei einer umfassenden Modernisierung unserer Bahninfrastruktur, dem Aufbau einer sicheren klimaneutralen Energieinfrastruktur, der Digitalisierung der Verwaltung und unserem Bildungssystem. Die Modernisierung unseres Landes einzustellen oder abzuwürgen, würde dagegen die wirtschaftliche Stärke unseres Landes gefährden und hätte große negative Auswirkungen auf zukünftige Haushalte. Eine wettbewerbsfähige Wirtschaft mit gut bezahlten Arbeitsplätzen und gut ausgebildeten Fachkräften sorgen nicht nur für Wohlstand, sondern auch für stabile Steuereinnahmen in der Zukunft.

Zu oft wurde der Begriff Generationengerechtigkeit missbraucht, um den Sozialstaat zu schwächen. Wir brauchen eine Richtigstellung des Begriffs: Wir vererben unseren Kindern doch in erster Linie ein Land in dem Frieden und Wohlstand herrschen. Ein Land mit guter Infrastruktur und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Wir sind heute in der Pflicht, ein gutes Bildungssystem, eine starke Wirtschaft und eine funktionierende Infrastruktur für alle zu schaffen. Die letzten Jahre haben zudem gezeigt, wie wichtig es ist, große Krisen abzusichern: Wir müssen klimaneutral werden, um zukünftigen Naturkatastrophen etwas entgegenzusetzen, wir müssen unser Gesundheitssystem für weitere Pandemien wappnen und wir müssen vor Krieg schützen und Frieden sichern. All das zu vernachlässigen wäre fahrlässig. Es geht um Chancen auf ein gutes Leben für alle Generationen, heute und morgen. Gerade als Sozialdemokratie lassen wir nicht zu, dass Alt gegen Jung ausgespielt werden.

Investitionen, die vor allem auch in zukünftigen Generationen Wohlstand und Lebensqualität schaffen, können auch sinnvoll über Kredite finanziert werden. Die Finanzierung der Kredite erstreckt sich über die Generationen, die von der Investition profitieren. Die Finanzierungslast liegt somit nicht alleine auf der heutigen Generation, sondern wird über die Zeit gestreckt und gerecht unter den von den Zukunftsinvestitionen profitierenden Generationen verteilt.

Wer einen Stopp der Zukunftsinvestitionen mit der Begründung fordert, kommende Generationen nicht zu stark belasten zu wollen, tut genau das, was er verhindern will. Kommende Generationen werden umso stärker belastet, wenn Wirtschaft und Infrastruktur kaputtgespart werden.

Investitionen in ein soziales Land

Es war richtig, dass die SPD geführte Bundesregierung gegen viele Widerstände, auch aus der Opposition im Deutschen Bundestag, Milliarden Euro in die Hand genommen hat, um die in Folge des russischen Angriffskriegs explodierenden Energiepreise sozialverträglich herunterzudrücken. Das hat gewaltigen Schaden von unserem Land abgewendet. Dass die maßgeblich von den Energiepreisen angetriebene Inflation in Deutschland heute deutlich sinkt und Reallöhne wieder steigen, hängt auch mit dem umsichtigen Handeln der SPD in Bund und Ländern zusammen. Sollten die Preise erneut stark steigen und erneut viele Haushalte und Betriebe gefährdet werden, muss erneut entschlossen eingegriffen werden.

Überall dort wo es möglich ist, müssen öffentliche Förderprogramme so ausgestaltet

sein, dass sie einen Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit leisten. Es ist zumutbar, dass diejenigen mit sehr hohen Einkommen, etwa im Bereich der Reichensteuer, - Investitionen in klimaneutrale Heizungen, Sanierungen oder andere Investitionen stärker selbst tragen, damit diejenigen zu ihrem Recht kommen, die diese Möglichkeiten nicht haben. Ungerechte und klimaschädliche Subventionen müssen überprüft werden. Dies leistet auch einen wichtigen Sparbeitrag für den Bundeshaushalt.

Die vor allem von CDU und CSU vorgetragenen Vorschläge zu radikalen Sozialkürzungen sind hingegen schlecht für unser Land. Hier wird das Karlsruher Urteil genutzt, um lange gehegte Vorurteile und Abneigungen gegen unseren Sozialstaat voll auszuleben. Investitionen in die Zukunft unseres Landes allein dadurch zu finanzieren, dass bei RentnerInnen, Kindern, Alleinerziehenden und Arbeitslosen bis hin zum Existenzminimum zusammengestrichen wird, offenbart den wahren politischen Kurs der Union und wird auch dem Karlsruher Urteil in keiner Weise gerecht. Dass dies ausgerechnet von denjenigen am Stärksten gefordert wird, die jede Anstrengung für höhere Mindestlöhne und Arbeitnehmerrechte als Gefahr für den Standort Deutschland ablehnen, passt ins Bild.

Der deutsche Sozialstaat sichert soziale Rechte ab, die zum Teil verfassungsrechtlich garantiert sind. Er hat sich darüber hinaus gerade in den Krisen der vergangenen Jahre als wichtiger Sicherheitsanker für viele Menschen erwiesen. Instrumente wie das Kurzarbeitergeld haben dafür gesorgt, dass Menschen in krisenhaften Zeiten wie der Corona-Pandemie nicht massenhaft in Arbeitslosigkeit gerutscht sind. Hier zeigt sich der Wert eines robusten Sozialstaats für die ganze Breite der Gesellschaft. Angriffe auf den Sozialstaat sind deshalb Angriffe auf das soziale Fundament unseres Landes, von dem alle Menschen im Verlauf ihres Lebens profitieren. Einen Abbau des Sozialstaats werden wir nicht zulassen.

Sinnvoller ist es, die Anstrengungen auf allen Ebenen deutlich zu erhöhen, Menschen zu qualifizieren und in Arbeit zu bringen. Davon profitieren nicht nur die öffentlichen Haushalte, sondern auch wir als Gesellschaft insgesamt.

Unterstützung der Ukraine fortsetzen

Politisch ist offensichtlich, dass Deutschland nach dem Karlsruher Urteil zur Haushaltspraxis vor großen, außerordentlichen Herausforderungen steht. Insbesondere die weitreichenden Auswirkungen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine für die deutsche und europäische Sicherheit, für gestiegenen Energiepreise und unsere grundgesetzlich gebotene Solidarität mit geflüchteten Ukrainern sind hier zu nennen. Versuche, den seit eineinhalb Jahren andauernden brutalen Angriffskrieg einer Atommacht in der direkten Nachbarschaft der Europäischen Union als Normalität darzustellen, werden der historischen Bedeutung dieses Krieges und der damit verbundenen Zeitenwende nicht gerecht.

Die Bundesregierung und die größte Oppositionspartei im Bundestag sind sich einig, dass die finanzielle und militärische Unterstützung der Ukraine bei ihrer Selbstverteidigung nicht nur geboten ist, sondern unserer eigenen Sicherheit dient. Militärhilfen für die Ukraine und notwendige Investitionen in Deutschlands Infrastruktur und den Sozialstaat gegeneinander auszuspielen, kann nicht im Interesse unseres Landes und unserer Verfassung sein. Das Handeln eines aggressiven Autokraten im Krieg entzieht sich nicht nur der Kontrolle des deutschen Staates, sondern beeinträchtigt erheblich die Finanzlage des Bundes und weiterer öffentlicher

Haushalte. Politisch ist damit aus unserer Perspektive die Voraussetzungen für eine Notsituation gegeben, die eine erweiterte Kreditaufnahme zur Bewältigung der mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verbundenen Folgen ermöglicht. Verfassungsrechtlich vorgegebene Spielräume für den Haushalt müssen deshalb im Sinne der Bevölkerung genutzt werden.

Die SPD trägt nach dem tiefgreifenden Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Haushaltspraxis jeden Tag Verantwortung für die Zukunft unseres Landes. Wir werden weiter in ein starkes Land investieren und den sozialen Zusammenhalt schützen, statt Deutschlands Zukunft aufs Spiel zu setzen. Es wird möglichst zeitnah ein überarbeiteter Haushaltsentwurf 2024 vorgelegt werden. Unser Ziel ist es, zügig Planungssicherheit zu schaffen, da daran auch konkrete Projekte und Trägerstrukturen hängen.

Unabhängig von den kurzfristigen Entscheidungen für den Haushalt 2024 rufen wir alle verantwortlichen Parteien in Deutschland dazu auf, mit uns an einer Weiterentwicklung der Schuldenbremse für die kommenden Jahre und Jahrzehnte zu arbeiten. Es ist die Aufgabe aller Regierungsparteien in Bund und Land Antworten zu finden, die den Wohlstand und den sozialen Zusammenhalt unseres Landes nicht gefährden.

## **Impressum**

Herausgegeben vom  
SPD-Parteivorstand  
Abteilung 3 / Beteiligung  
Willy-Brandt-Haus  
Wilhelmstraße 141  
10911 Berlin

**SPD.DE**